

GEMEINSAME ERKLÄRUNG

der Sprecher:innen für Arbeit und Soziales der SPD-Fraktion(en) des Bundestages, des Abgeordnetenhauses, der Bürgerschaften und Landtage sowie der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament

SPD
Soziale
Politik für
Dich.

FACHKRÄFTEOFFENSIVE IN DEN BERUFEN SOZIALE ARBEIT, HAUSHALTSNAHE DIENSTLEISTUNGEN, GESUNDHEITS- UND ERZIEHUNGSBERUFE (SAHGE)

Über den steigenden Fachkräftebedarf wurde in den vergangenen Jahren immer wieder leidlich diskutiert. Sei es im verarbeitenden Gewerbe, im Handwerk oder in den Bereichen der Sozialen Arbeit, Gesundheit und Pflege sowie Erziehung und Bildung. Insbesondere während der Corona-pandemie wurde noch einmal sehr deutlich: Es braucht den Fokus auf die Fachkräftesicherung in den sogenannten SAHGE-Berufen. Denn ohne funktionierende Sozialwirtschaft bricht die Grundlage dessen weg, auf dem die Wirtschaftskraft der Bundesrepublik fußt. Ohne ausreichend Personal in den SAHGE-Berufen könnten viele Menschen nicht ihrer Erwerbsarbeit nachgehen, weil sie sich um Kinderbetreuung, die Pflege von Angehörigen oder Unterstützung von Menschen mit Behinderung kümmern müssten.

Der demografische Wandel schreitet schnell voran, wir brauchen mehr denn je Fachkräfte im Pflegebereich aber eben auch bei der Kinderbetreuung, in den ostdeutschen wie in den westdeutschen Bundesländern. Wir begrüßen, dass die SPD-geführte Bundesregierung mit dem neuen Bürgergeld die Weiterbildung von Langzeitarbeitslosen gestärkt hat und die Gesetzgebung zu einem Fachkräfteeinwanderungsgesetz auf den Weg gebracht hat. Mit dem Gesetz zur Förderung eines inklusiven Arbeitsmarkts verbessern wir die Voraussetzungen, das Potential von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt zu heben und nehmen die Arbeitgeber stärker in die Verantwortung. Weiter ist zentral – anknüpfend an den Bericht des Ostbeauftragten der Bundesrepublik, Carsten Schneider – die Repräsentanz Ostdeutscher in Führungspositionen sowie auf politischer Ebene stark auszubauen, um so deren Perspektiven spürbarer in politisches Handeln einfließen lassen zu können.

Darüber hinaus gilt es jetzt, schnell konkrete politische Maßnahmen zu entwickeln, um die SAHGE-Berufe zu stärken und attraktiver zu gestalten. Der Grundstein dafür wird in einer mitarbeiterorientierten Arbeitskultur gelegt. Es braucht eine bessere, tarifgebundene Bezahlung sowie eine zufriedenstellende Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dafür sind moderne und flexible Lebens-Arbeitszeit-Modelle sowie der weitere Ausbau der Kinderbetreuung eine gute Möglichkeit, um Arbeitnehmer:innen das Zusammenspiel zwischen Erwerbsarbeit und Carearbeit zu erleichtern. Wir wollen die SAHGE-Berufe bereits in der Ausbildung attraktiver machen. Die Ausbildung wollen wir schulgedfremd ausgestalten und da, wo es sinnvoll ist, die Möglichkeit der dualen Ausbildung mit Ausbildungsvergütung schaffen. Die Berufsbilder wollen wir weiterentwickeln und die Zugänge für Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger mit Vorkalifikationen erleichtern und individueller gestalten. Auch multiprofessionelle Teams können im Rahmen hochwertiger Konzepte ein tragfähiges Modell sein. Anerkennungsverfahren müssen standardisiert, vereinfacht und beschleunigt werden. Ein Schlüssel für schnellere Verfahren ist dabei eine konsequente Digitalisierung aller Vorgänge. Wir regen an, für die Koordinierung der Fachkräftezuwanderung in den Ländern zentrale Verwaltungsstellen einzurichten.

Als Sozialdemokrat:innen von Bund und Ländern wollen wir gemeinsam mit den Interessenvertreter:innen aus der Sozialwirtschaft und den Gewerkschaften alle Maßnahmen diskutieren, die es für eine Fachkräfteoffensive in den SAHGE-Berufen braucht.

TRANSFORMATION SOZIAL GERECHT GESTALTEN

Den Strukturwandel begleitet die SPD auf allen Ebenen stets an der Seite der Arbeitnehmer:innen. Ganze Berufsfelder verändern sich bereits oder stehen vor umfangreichen Umwandlungsprozessen. Die von diesen Änderungen betroffenen Arbeitnehmer:innen lassen wir nicht alleine. Wir wollen, dass sie gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt von morgen haben und unterstützen deshalb den Rechtsanspruch auf

GEMEINSAME ERKLÄRUNG

der Sprecher:innen für Arbeit und Soziales der SPD-Fraktion(en) des Bundestages, des Abgeordnetenhauses, der Bürgerschaften und Landtage sowie der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament

SPD
Soziale
Politik für
Dich.

Weiterbildung und Qualifizierung bereits während der Erwerbstätigkeit. Wir begrüßen, dass aktuell das geplante Weiterbildungsgesetz im Deutschen Bundestag parlamentarisch beraten wird, mit dem eine Ausbildungsgarantie und das Qualifizierungsgeld eingeführt werden. Die Bildungszeit und die Ausweitung des Aufstiegs-BAFÖGs müssen folgen. Auf der Ebene der Bundesländer werden wir Maßnahmen zur Qualifizierung und Investitionen in die jeweils vorherrschenden Standortfaktoren und Zukunftsinvestitionen fördern, zum Beispiel durch die Stärkung der Berufsorientierung für alle Schularten.

Um den Wandel in der Wirtschaft der Länder aktiv zu unterstützen, muss flächendeckend ein Transformationsfonds zur Verfügung gestellt werden. Mit dem Saarland und Rheinland-Pfalz haben wir zwei Länder, die mit ihren Transformationsagenturen vorbildlich vorangehen.

Wir sind uns einig, der bevorstehende umfassende Wandel muss sozial gerecht gestaltet werden. Nur Mitbestimmung und soziale Sicherheit schaffen die Grundlage für eine gerechte Transformation. Deshalb sagen wir, Schluss mit Optionsmodellen in Tarifverträgen. Wir unterstützen deshalb alle Bestrebungen von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, ein Bundestariftreuegesetz auf den Weg zu bringen und die betriebliche Mitbestimmung weiter zu modernisieren und zu stärken. Die öffentliche Hand muss mit gutem Beispiel vorangehen, dass gilt auf Bundes- wie Länderebene gleichermaßen.

Die Klimawende muss einhergehen mit dem Erhalt von industriellen Produktionsarbeitsplätzen am Standort Deutschland. Deshalb befürworten wir die Einführung eines Industriestrompreises. Wir stehen in Bund und Ländern für eine Politik, die alle im Wandel mitnimmt und niemanden überfordert. Deshalb befürworten wir eine stärkere soziale Staffelung der Förderung im neuen Gebäude-Energie-Gesetz.

GERECHTER LOHN UND GUTE ARBEIT

Wir teilen die Einschätzung von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil ausdrücklich, dass der Mindestlohn auch weiter ordentlich steigen muss und wird. Die Erhöhung auf 12 Euro hat bereits gezeigt, dass insbesondere Frauen aber auch Ostdeutsche von der Mindestlohnerhöhung profitieren.

Da der Mindestlohn aber immer nur die untere Haltelinie sein kann, wollen wir vor allem die Tarifbindung erhöhen. Dies gilt gerade auch für Ostdeutschland, den Handel, die sozialen Berufe und die Dienstleistungsbereiche. Deshalb wollen wir auf Bundes- und Landesebene die Vergabe an tarifgebundene Unternehmen weiter stärken. Wir wollen die Rechte der Arbeitnehmer:innen stärken und die öffentliche Vergabe nicht nur an einen Mindestlohn knüpfen, sondern auch Tarifgebundenheit und familienfreundliche Unternehmensstrukturen bei der Vergabe und Neuansiedlungen zu berücksichtigen.

KLIMAWANDEL SOZIAL GESTALTEN

Neben der Erhöhung der Löhne und der Stärkung der Tarifbindung als Reaktion auf Inflation und steigende Energiepreise, halten wir es für sinnvoll, ein soziales Klimageld wie von Huberts Heil vorgeschlagen und im Sinne des im Koalitionsvertrag verankertes Klimageld mit sozialer Stafflung einzuführen.